

Als **Grüne** setzen wir uns für eine kommunale Sozialpolitik ein, die Teilhabe für ALLE ermöglicht. Sie darf in unserem Landkreis nicht zum Reparaturbetrieb für die Fehlentscheidungen auf Bundes- und Landesebene verkommen.

Folgekosten, die auch durch die Corona-Pandemie Löcher in die kommunalen Haushalte reißen, dürfen nicht dazu führen, dass im sozialen Bereich gespart wird. Viele der sogenannten „freiwilligen Leistungen“ des Landkreises stehen allzu oft unter haushaltspolitischen Zwängen. Dem werden wir uns entschieden entgegenstellen.

Die Pandemie zeigt auf, dass die bisherigen Standards zur individuellen Sicherheit, für Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe nicht ausreichen. Die Sorgen der Menschen müssen ernster genommen werden, denn diese gesellschaftlichen Leistungen dürfen nicht vom Einkommen abhängig sein.

Senior*innen

Unsere Forderung nach Einführung einer Senior*innen-Card ist in der letzten Wahlperiode leider gescheitert, weil die Verwaltung Schwierigkeiten in der Umsetzung prognostizierte und der politische Wille hierzu fehlte.

Damit Seniorinnen und Senioren ihre Belange besser gegenüber der Politik vertreten können, setzen wir uns für einen Senior*innenbeirat auf Kreisebene ein. Dieser soll eine beratende Stimme im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung erhalten. Damit wäre sichergestellt, dass die Belange der Senior*innen dort vertreten sind.